



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hugelmann - Wien, Karl: Der Weg des deutschen Volkes nach dem Osten
und der Anschluß Anschluß Deutsch-Osterreichs

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der Weg des deutschen Volkes nach dem Osten und der Anschluß Deutsch-Osterreichs

Von Universitätsprofessor Dr. Karl Gottfried Hugelmann-Wien



ine starke nationale Bewegung hat weite Kreise des deutschen Volkes in den ehemals österreichischen Ländern erfasst und drängt nach einer staatsrechtlichen Verbindung mit dem Deutschen Reich. Die tausendfältigen Gründe, welche hierfür sprechen, hat der Verfasser an verschiedenen Orten auseinandergesetzt und alles, was sich seit dem Zusammenbruch ereignete, hat ihn in seiner Überzeugung nur bestärkt. Die Absicht dieser Zeilen ist es nicht, die ganze Frage nochmals aufzurollen und alle Gründe, welche für diese natürlichste Lösung sprechen, neuerlich darzulegen. Es wird vielmehr nur die Auseinandersetzung mit einem Argument beabsichtigt, welches vielfach, mitunter auch von ernstern Kreisen, denen man im allgemeinen nicht von vornherein nationale Gesinnung absprechen kann, gegen den Anschluß ins Treffen geführt wird. Denn wenn es der Anschluß-Propaganda nicht gelungen ist, jene durchschlagende politische Wirkung zu erzielen, die wir ihr gewünscht hätten, so liegt der Grund gerade darin, daß viele Anschlußfreunde sich mit ernstern Gegenargumenten nicht ernst auseinandergesetzt, die immerhin auch vorhandene Entwicklungstendenz nach der anderen Richtung hin unterschätzt und so den Anschluß gerade dadurch, daß sie sich ihn allzu leicht vorstellten, gefährdet haben.

Das Argument, welches wir hier ins Auge fassen wollen, läßt sich etwa folgendermaßen zusammenfassen: schwerwiegende wirtschaftsgeographische Tatsachen weisen das Deutschtum der Donau- und der Alpenländer, welche sich gewiß nicht zufällig (wie allerdings der einstige deutschösterreichische Staatssekretär des Außern Dr. Otto Bauer merkwürdigerweise einmal erklärte) im Zug einer langen Entwicklung aus dem römischen Reich deutscher Nation losgelöst haben, auf eine Verbindung mit den kleineren, dem Deutschtum im Südosten vorgelagerten Völkern, insbesondere mit den Ungarn und Jugoslawen, vielleicht auch mit den Bulgaren und Rumänen. Es sei daher die Schaffung einer lockeren Donau-Konföderation, der sich wohl auch der tschechoslovakische Staat anschließen würde, das Natürliche. Indem Deutsch-Osterreich in einen derartigen Bund eintrete, brauche es keineswegs auf die Betätigung seiner nationalen Eigenart zu verzichten; im Gegenteil erfülle es gerade in diesem Bund „seine alte Ostmark-Aufgabe“. Denn es liege auf absehbare Zeit, vielfach infolge der Siedelungs-Verhältnisse sogar dauernd, außerhalb der politischen Macht des deutschen Volkes, die unter den genannten Völkern, bzw. Staaten, siedelnden Volksteile vollzählig mit sich politisch zu vereinigen. Die völlige auch kulturelle Loslösung dieser Volksteile werde gerade dadurch verhindert, daß Deutsch-Osterreich in eine Donau-Konföderation der erwähnten Art eintrete und so ein Bindeglied zwischen der Gesamtnation und dieser nationalen Diaspora, der auch eine große Kulturaufgabe zukommt, darstelle. Indem Deutsch-Osterreich in diese Donau-Konföderation eintrete, sei einer näheren Verbindung mit der Gesamtnation nicht vorgegriffen, weil diese Konföderation durch das Gewicht der Tatsachen früher oder später doch in irgendwelche Bindungen oder mindestens in eine Interessengemeinschaft

mit der zweiten großen mitteleuropäischen Macht, mit Deutschland, eintreten werde und bei ihrem losen Gefüge nichts im Wege stehe, daß Deutsch-Osterreich in gewissen kulturellen, vielleicht sogar politischen Belangen in nähere Beziehungen zum Deutschen Reiche trete.

Gegenüber dieser Argumentation muß man zwei Gesichtspunkte scharf auseinanderhalten: 1. die Frage, ob wirklich die wirtschaftsgeographischen Tatsachen, die zur Donau-Konföderation drängen, so stark sind, wie sie hingestellt werden, 2. die Frage, ob die nationale Gefahr im Falle der Donau-Konföderation wirklich so gering ist, wie man uns glauben machen will.

Was den ersten Punkt anlangt, so klebt diese Anschauung doch in sehr ungeschichtlicher Weise nur an einer einzigen Periode der Vergangenheit. Die geographische Lage der Donauländer war während des Mittelalters keine andere als später, und doch hat bis zum Ausgang des Mittelalters jene politische Lage bestanden, welche die Großdeutschen (das Wort natürlich nicht im parteipolitischen Sinn gebraucht) wieder herstellen wollen. Dazu muß bemerkt werden, daß in der Zeit, in der die österreichischen Länder am allerstärksten in das Reich eingegliedert waren, in der sie untereinander keinen anderen staatsrechtlichen Zusammenhang hatten, als daß sie eben alle Glieder des Deutschen Reiches waren, nämlich in der ersten Hälfte des deutschen Mittelalters bis ins 13. Jahrhundert, gerade die Donaustraße handelspolitisch von der allergrößten Bedeutung war, da sich ja erst kurz vor dem Ablauf dieser Periode die handelspolitische Achse Europas drehte und die große Hauptverkehrsstraße von Süddeutschland über den Brenner nach Italien in den Vordergrund trat. Es ist nun nicht einzusehen, warum gerade heute diese wirtschaftsgeographischen Tatsachen so in den Vordergrund gehoben werden sollen, daß daneben die geistigen und nationalen Lebensnotwendigkeiten des Volkes zurücktreten müssen.

Vergessen wir nicht, daß nicht diese wirtschaftsgeographischen Tatsachen das Habsburger-Reich geschaffen haben, sondern eine große militärisch-politische Aufgabe, vor die sich Mitteleuropa als Vorposten des christlichen Abendlandes am Ende des Mittelalters gestellt sah: die Abwehr des Türkensturmes. Österreich hat sich in der Erfüllung dieser Aufgabe verschiedene Male glänzend bewährt. Die Abwehr des Türkensturmes in der ersten Hälfte der Neuzeit wird für alle Ewigkeit ein Ruhmesblatt auch in unserer nationalen Geschichte bleiben. Heute, da auch das große, aus den Steppen Asiens gespeiste Reich im Osten, Rußland, in dessen Abwehr wir uns, vereint mit den deutschen Brüdern, verblutet haben, zusammengebrochen ist, besteht die Notwendigkeit einer Donau-Großmacht nicht mehr in dem Maße wie früher. Wenn man aber heute die wirtschaftsgeographischen Tatsachen so sehr in den Vordergrund schiebt, so kann übrigens nachdrücklich darauf verwiesen werden, daß gerade jene politische Gestaltung, die von uns Großdeutschen angestrebt wird und der des Mittelalters ähnlich wäre, diese wirtschaftsgeographischen Tatsachen zur vollen Auswirkung brächte. Denn dasjenige, was nach dem Machtspruch von St. Germain vom alten Österreich übrig geblieben ist, ist für sich allein viel zu schwach, um den anderen Nachfolgestaaten wirtschaftliche Werte zu bieten, mit denen es imstande wäre, sich ihnen gegenüber in einer Konföderation zur Geltung zu bringen. Erst durch den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich

würde die Gesamtmacht des deutschen Volkes so gestärkt werden, daß, wenn auch nicht im Augenblick, so doch in der Zukunft die vorgelagerten Staaten ohne irgendeinen andern Zwang als das Gewicht natürlicher Tatsachen und gegenseitiger Interessen dazu kämen, sich in wirtschaftlicher Hinsicht an Großdeutschland anzulehnen. Dann wäre das deutsche Volk erst so recht in der Lage, seinen natürlichen Weg nach dem Osten zu gehen, und die Donau, die ja nach den Friedensverträgen ein internationaler Strom ist, würde einer der wichtigsten Handelswege bleiben oder vielmehr wieder werden. Gerade in dieser Kombination wird der alten Ostmark mit der Stadt Wien eine neue Bedeutung zukommen. Man bedenke nur, daß Wien gewissermaßen durch die Donau am Schwarzen Meer liegt, und so der Ausfallshafen Großdeutschlands nach dem nahen Osten einschließlich des fruchtbarsten Landes Europas, der Ukraine, würde, die in ihrer metertiefen schwarzen Erde einen Born unerschöpflichen Reichtums birgt.

Zeigt sich so, daß den wirtschaftsgeographischen Tatsachen auch im Rahmen der großdeutschen Gestaltung vollkommen Rechnung getragen werden kann, so ergibt umgekehrt eine einfache Erwägung, daß die Donau-Konföderation für die Behauptung unseres Volkstums die allerschwersten Gefahren in sich schließt. In diese Donau-Konföderation würden wir als der wirtschaftlich weitaus schwächste Staat eintreten. Die anderen in Aussicht genommenen Teilhaber aber, welche eben erst ein nationalstaatliches Leben wieder errungen haben und — es spielt hier keine Rolle, ob mit Recht oder nicht — mit durch Jahrzehnte angehäuften Groll aus der Gemeinschaft mit Deutschösterreich geschieden sind, sehen auch einer neuen Form der Verbindung mit Mißtrauen entgegen, zumal sie ihnen unmittelbare wirtschaftliche Vorteile nicht zu bringen vermag. Aus diesen beiden Prämissen ergibt sich, daß die Donau-Konföderation nur unter dem Protektorate der Entente zustande kommen könnte, so daß durch sie die dem Deutschtum vorgelagerten Staaten ihm nicht angenähert, sondern in eine mehr deutschfeindliche Politik geradezu hineingedrängt würden. Da wir wirtschaftlich die Schwächeren wären und von allen diesen Staaten wirtschaftlich etwas fordern müßten, soll die Donau-Konföderation überhaupt einen Zweck erfüllen, so würde sich der unerträgliche Zustand ergeben, daß wir wirtschaftliche Gaben mit nationalpolitischen Konzessionen erkaufen müßten, daß wir, weit entfernt, für die Deutschen in den anderen Sukzessionsstaaten etwas tun zu können, sie im Gegenteil als das schwächste und nur geduldete Glied nicht einmal moralisch wirksam unterstützen könnten, daß wir aber umgekehrt der tschechischen Minorität weit über den Friedensvertrag von St. Germain hinausreichende Rechte einräumen müßten. Schon heute zeigt sich — man denke nur an den berüchtigten, vom Ministerium Renner geschlossenen Staatsvertrag von Brünn zwischen Deutschösterreich und der Tschechoslowakei — dieses Abhängigkeitsverhältnis deutlich, welches durch die Donau-Konföderation doch auf keinen Fall enger sein könnte als die Union zwischen Österreich und Ungarn vom Jahre 1867 bis zum Zusammenbruch des Jahres 1918. Es hat aber noch kein Anhänger der Donau-Konföderation einen einzigen Fall beizubringen vermocht, in dem die Deutschen Österreichs vermöge der staatsrechtlichen Verbindung mit Ungarn etwas für die Volksgenossen in Ungarn tun konnten; im Gegenteil: wir mußten schweigen, weil wir Ungarn

nicht verstimmen durften. Die Aufrichtung einer politischen und wirtschaftlichen Grenze gegen die Hauptmasse des übrigen Deutschtums und die Schaffung einer Wirtschaftseinheit zwischen Deutschösterreich und den übrigen Sukzessionsstaaten, wobei — darin liegt der große Unterschied gegenüber dem alten Österreich — der deutschösterreichische Stamm auch innerhalb dieses Gebildes in politischer Hinsicht künstlich zerrissen wäre und daher nicht entsprechend zur Geltung käme, müßte mit der Zeit dazu führen, auch die kulturellen Zusammenhänge mit der Gesamtnation in bedenklichster Weise zu lockern. Ich persönlich scheue mich nicht, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß im Falle einer dauernden politischen Loslösung vom Gesamtdeutschtum deutsche Kultur in Deutschösterreich überhaupt nicht zu erhalten wäre. Alle das Staatsbudget so schwer belastenden Kulturinstitute, vor allem die Hochschulen, haben nur einen Sinn in der Voraussicht einer Wiederherstellung auch eines gemeinsamen politischen Lebens mit unserem Gesamtvolk. Wenn wir keinen höheren Ehrgeiz haben als eine politische Dependence der Entente bzw. ein Teilnehmer minderen Rechtes — wenn auch nicht dem Buchstaben nach, so doch de facto minder — einer Donau-Konföderation zu sein, dann ist es schade um jeden Kreuzer, den der österreichische Staat für seine Hochschulen und Akademien ausgibt. Auch das Geistesleben eines Volkes muß verkümmern, das sich künstlich von der ewigen Erneuerung seiner Kräfte aus dem Urborn des nationalen Lebens ausschließt. Und die paar Beamten, die wir brauchen würden, könnten wir ja an französischen Hochschulen ausbilden lassen, wie es sich für ein Kolonialland geziemt.

Die vorstehenden Ausführungen zusammenfassend, können wir feststellen, daß die Donau-Konföderation keineswegs eine „Rückkehr Österreichs zu seiner alten Ostmark-Aufgabe“, sondern im Gegenteil eine vollständige Abkehr davon bedeuten würde. Gerade der Anschluß an Deutschland wäre mit einer Rückkehr zur Ostmark-Aufgabe im alten Sinne verbunden, so wie sie im Mittelalter bestand, da Österreich wirklich die Ostmark des Reiches war. In der neuzeitlichen Gestaltung ist Österreich in gewissem Sinn aus dieser Aufgabe herausgewachsen. In diesem Zusammenhange kann aber folgendes nicht übersehen werden: das deutsche Volk ist im Herzen Europas so gelagert, daß es immer schwer war, seine wirtschaftliche Expansion und seine Politik nach einer Richtung zusammenzufassen. Auf lange Wegstrecken hat immer wieder eine westliche bzw. südliche (italienische) Richtung mit einer östlichen gerungen. Schon dem Ghibellinentum und dem Welfentum liegt neben vielen anderen Gegensätzen auch diese Verschiedenheit der Orientierung zugrunde. Das neuzeitliche Deutschland hat sich unter gewissen geschichtlichen Voraussetzungen, die darzulegen den Rahmen dieses Aufsatzes weit überschreiten würde, stark westlich orientiert, in der letzten Phase sogar die Überseepolitik in den Mittelpunkt gerückt. Dabei hat allerdings für den süddeutschen Stamm die besondere Aufgabe bestanden, die Verbindungen, die donauabwärts nach dem nahen Osten führen, nicht abreißen zu lassen. Aber schon unmittelbar vor dem Krieg begann das deutsche Volk seine osteuropäische und asiatische Aufgabe zu erkennen, und das traurige Ende des Krieges hat dem deutschen Volk nur den Weg nach dem Osten als natürliches Wirkungsfeld seines kulturellen und politischen Einflusses halbwegs offen gelassen. Auch auf diesem

Wege sind für das deutsche Volk schwer zu überwindende Schranken aufgerichtet. Je mehr aber das deutsche Volk dieser natürlichen Richtung seiner Expansion folgt, desto sicherer kann es auf Gesundung hoffen. Den bedeutendsten Weg nach diesem Wirkungsfeld des deutschen Volkes bildet natürlich die Donau. In dem Maße, als die deutsche Gesamtpolitik mehr auf den Osten eingestellt ist, ist auch unter diesem Gesichtspunkt die Voraussetzung für eine außenpolitische Sonderaufgabe und damit für die politische „Unabhängigkeit“ des Südostdeutschtums gegenstandslos geworden.



französische Erpressungs- und Einkreisungspolitik vor dem deutsch-französischen Krieg

Von Erich Karwiese



Dem Gedächtnis unseres Volks ist nahezu alles entschwunden, was über die Zeit der Schwedennot und der Reformation zurückliegt. So äußerte sich einst Heinrich von Treitschke. Heute kann man getrost behaupten, daß die Masse unseres Volks schon von den politischen Vorgängen, die den deutsch-französischen Krieg mit veranlaßt haben, nichts weiß. Es erscheint daher von Wert, sich die Ereignisse jener Zeit erneut zu vergegenwärtigen, um daraus die Zusammenhänge der französischen Politik von heute und damals zu erkennen.

Unmittelbar nach der Schlacht von Königgrätz hatte Kaiser Franz Joseph Venetien, um dessen Besitz Italien kämpfte, an Frankreich abgetreten, und schon am 5. Juli 1866 verkündete Napoleon im Moniteur, Österreich habe seine Vermittlung zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes mit Preußen angerufen. Das Telegramm Napoleons, das den König Wilhelm aufforderte, die französische Vermittlung anzunehmen und die preußischen Friedensbedingungen zu nennen, traf an demselben 5. Juli im Hauptquartier zu Hirschowitz ein. Die Wirkung war erschütternd. Napoleon, der soviel Zusicherungen wohlwollender Neutralität gegeben hatte, fiel plötzlich dem Sieger in den Arm, um ihm den Siegespreis zu verkürzen. So groß der Zorn des Königs und Bismarcks auch war, man entschloß sich doch zu einer versöhnlichen Antwort. Die Annahme des Anerbietens wurde ausgesprochen und Prinz Reuß mit einem eigenhändigen Brief des Königs nach Paris geschickt.

Am 23. Juli ließ die französische Regierung durch Benedetti erklären, die Anerkennung einer Vergrößerung Preußens könne nur in Verbindung mit der Frage der französischen Kompensationen verhandelt werden, und am 29. Juli entriß der französische Minister Drouyn de L'Huys im Verein mit der Kaiserin Eugenie in Vichy dem kranken Napoleon die Erlaubnis, die Abtretung großer Landstriche von Deutschland zu fordern. Benedetti trug Bismarck die unerhörten